

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Haltern am See

Erklärung zu Protokoll

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stegemann,  
sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte ich die folgende Erklärung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucks.-  
Nr. 21/034 zu Protokoll geben.

Den Antrag für eine erneute Standortsuche unterstützt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht. Denn wir erkennen den dringenden Bedarf für eine Maßregelvollzugsklinik im Landgerichtsbezirk Essen an. Eine neue Suche verzögert den Prozess erheblich.

Im Übrigen halten wir den Antrag für eine erneute Standortsuche für nicht aussichtsreich. Das Verfahren für den Bau einer Maßregelvollzugsklinik ist beim Land NRW und seinen Behörden angesiedelt. Die NRW-Landesregierung aus CDU und FDP kann gemäß § 37 BauGB den in 2012 beschlossenen Standort beibehalten oder einen anderen Standort wählen, den sie für geeigneter hält. Offensichtlich schließt die NRW-Landesregierung derzeit eine erneute Standortsuche aus und hält an der Fläche „Haltern 1/2“ fest. Welchen Sinn hat also ein solcher Appell?

Wäre es also nicht endlich an der Zeit, die Standortentscheidung für eine Maßregelvollzugsanstalt auf Halterner Stadtgebiet anzuerkennen und sich mitgestaltend in das weitere Verfahren einzubringen? Mit einer konstruktiven Beteiligung meinen wir beispielsweise:

- Darauf zu drängen, dass endlich der 2012 avisierte Planungsbeirat implementiert wird und Halterner Bürger\*innen Möglichkeiten zur Mitgestaltung erhalten.
- Für Akzeptanz in der Halterner Bevölkerung zu werben, denn die Unterbringung für straffällig gewordene sucht- und psychisch kranke Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der auch wir in Haltern am See uns stellen müssen.
- Darauf hinzuwirken, dass durch den Bau und Betrieb einer Maßregelvollzugsanstalt die lokale Wirtschaft z.B. durch Schaffung von Arbeitsplätzen profitiert.
- Dafür einzustehen, dass die durch den Bau einer Maßregelvollzugsanstalt auf der Fläche „Haltern 1/2“ entstehenden Umweltbeeinträchtigungen kompensiert werden.

Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen,

Sarah Radas, Fraktionsvorsitzende